

Freiheitsglocke

Gemeinschaft ehemaliger politischer Häftlinge - VOS e.V. (Berlin)

Berlin, Oktober 2010

60. Jahrgang, Nr. 696

Bekennnis zur Einheit an einem geschichtlich wichtigem Platz

VOS-Delegation besuchte die Gedenkstätte Point Alpha

Mit einem Besuch der Gedenkstätte Point Alpha, gelegen an der ehemaligen Grenze zwischen dem thüringischen Ort Geisa, der damals am

Punkten, hier standen sich die politischen und militärischen Systeme des Ostblocks und der Nato-Streitkräfte unmittelbar gegenüber.



weitesten westlich gelegenen Stadt der DDR, und dem hessischen Rasdorf würdigte die Landesgruppe Hessen/ Rheinland-Pfalz der Vereinigung der Opfer des Stalinismus den zwanzigsten Jahrestag der Wiedervereinigung Deutschlands. Die Kameradinnen und Kameraden nahmen wie angekündigt an den Feierlichkeiten teil und legten einen Kranz nieder.

Der Point Alpha einstmals unmittelbar an der innerdeutschen Grenze gelegen, gehörte in der Zeit der Teilung zu den strategisch wichtigen

Die heute an diesem Platz angesiedelte Gedenkstätte wird von einem Förderverein (im Internet unter www.pointalpha.com zu finden) getragen. Aufgrund ihrer Bedeutung ist sie häufig das Ziel von Schulklassen und Touristen. Bietet sie doch mit der Ausstellung zahlreicher militärischer Objekte und umfassenden Informationsmaterials Gelegenheit, sich einen Eindruck von der Situation des Kalten Krieges und den unmittelbaren Gefahren eines enormen militärischen Konflikts zu schaffen.

Tom Haltern

Der Aufschwung ist da, mit ihm mehr Geld

Ein Appell an Frau Merkel, Herrn Seehofer, Herrn Westerwelle und alle Bundestagsabgeordneten

Es geht spürbar aufwärts in Deutschland. Wir haben es mit Genugtuung aus den Medien erfahren. Das Wachstum unserer Wirtschaft steigt schneller und höher als erwartet, es entwickelt sich bedeutend besser als das der anderen Länder. Die ursprünglich befürchtete Krise bleibt aus. Unsere Politikerinnen und Politiker haben demnach gute Arbeit geleistet, sie haben die anstehenden Probleme rechtzeitig erkannt und gelöst. Dafür gebührt ihnen ein Lob.

Wie sieht es mit der Verteilung der erwirtschafteten Mehrerlöse aus?

Die Arbeitnehmer erhalten höhere Löhne, sicherlich auch die Mitarbeiter im Öffentlichen Dienst, die Rentner können sich ebenfalls über einige Prozentpunkte mehr freuen. Alle haben „eine Lobby“, die sich für sie einsetzt.

Die ehemaligen (anerkannten) politischen Häftlinge der SBZ/DDR jedoch verharren bei dem, was ihnen gewährt wurde. Die Ehrenpension ist eine dankenswerte Maßnahme, aber sie ist in Umfang und Gewährungsbedingungen nahezu zum Stillstand verurteilt. Daher appellieren wir an Sie, die Vertreter der Politik: Lassen Sie auch uns ein bisschen am Wachstum teilhaben. Wir haben es uns verdient. Ohne uns und die gebrachten Opfer, die vielen noch immer zum Nachteil gereichen, hätte es die Einheit nicht gegeben. A. R.

Ein gutes Gespräch mit dem stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden

Der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Dr. Michael Meister (Foto: links) empfing am 1. Oktober 2010 in seinem Büro im Jakob-Kaiser-Haus in Berlin unseren Kameraden Wolfgang Lehmann aus Rimbach, Kreis Bergstraße, (Bezirksgruppe Mannheim/Ludwigshafen/ Heidelberg) zu einem Gespräch.

Vorrangig ging es um dessen Zeitleugentätigkeit, die er vorwiegend an Schulen in Südhessen ausübt und wofür er am 22. September 2010 auf Antrag des Vorstandes der Initiative Internierungslager Ketschendorf mit dem Ehrenbrief des Landes Hessen ausgezeichnet wurde. Die Kenntnisse über das Geschehen in der Zeit der kommunistischen Gewaltherrschaft in Deutschland zwischen 1945 und 1989/1990 sollten mehr als bisher in die Öffentlichkeit getragen werden, wobei dies an Schulen besonders wichtig sei. Der Stellvertretende Fraktionsvorsitzende Michael Meister befürwortet solche Bemühungen uneingeschränkt. Zeitleu-



gen, die so etwas noch bewältigen könnten, sollten sich verstärkt dafür einsetzen, um den immer dreister in die Öffentlichkeit getragenen Verharmlosungen, ja Verleugnungen entgegenzutreten, so Meister.

Der Einwand, junge Menschen interessierten sich nicht für die Schicksale der Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft, sei unzutreffend, bestätigt VOS-Mitglied Wolfgang Lehmann aus seiner Erfahrung. Es komme darauf an,

wie man jungen Menschen die Geschichte nahebringt. Die Dankesurkunde, die Kamerad Lehmann für seinen Zeitleugen-Vortrag vom Leistungskursus Geschichte des Martin-Luther-Gymnasiums in Rimbach erhielt, nachdem er im Mai 2009 einen mit großem Interesse aufgenommenen Zeitleugen-vortrag gehalten hat, sei ein gelungenes Beispiel für die verständliche Vermittlung des Geschichtsstoffes.

Wolfgang Lehmann

Mit großem öffentlichem Interesse wurde am 3. Oktober, pünktlich zum 20. Jahrestag der Deutschen Einheit, in der Kreisstadt Nordhorn im niedersächsischen Emsland die Ausstellung „Christliches Handeln in der DDR“ eröffnet. Neben dem Engagement, das der Ausstellungsbegründer Edmund Käbisch gezeigt hat, ist hier vor allem unser Kamerad Reinhard Golde aktiv geworden, der mehrere Wochen daran arbeitete, die Vorbereitung zu organisieren. Vor allem die Einbindung der Politiker aus Kommune und Kreis, dazu die Absprachen mit der Schule, die ebenfalls in diesen Abschnitt der Geschichtsaufarbeitung gehörten, erforderten einen großen Aufwand. Der Erfolg lässt sich nun in den Rückmeldungen der Schülerinnen und Schüler wie auch in den umfassenden Berichten der Presse ablesen. Damit verbindet sich auch vom Bundesvorstand der VOS ein herzlicher Dank.

Leider bestand wenig Interesse der Partnerstadt von Nordhorn,

dem vogtländischen Reichenbach, sich zu beteiligen oder den zeitweiligen Umzug der Ausstellung zu unterstützen.

Wie bereits früher zuweilen beobachtet, hängt das Gelingen und Zustandekommen solcher wichtigen Aktionen von einigen wenigen Akteuren ab.

Auf ein Wort = des Redakteurs

Die Ausstellung ist nun noch bis Anfang November in Nordhorn zu besichtigen. Danach wird eine *Finissage* dazu beitragen, sie abzuschließen. Für Interessenten sei vermerkt, dass der Transport der Tafeln keineswegs mit einem Großfahrzeug zu ordern wäre, sondern dass ein Bulli oder ein geräumiges Kombifahrzeug die Exponate fassen kann. Mit dieser Feststellung will ich vor allem diejenigen er-

muntern, die die Möglichkeit haben, die Ausstellung ebenfalls zu zeigen.

Durch verschiedene Umstände gelangt die vorliegende Fg-Ausgabe diesmal erst in den letzten Tagen des Oktober zur Auslieferung. Dadurch werden die Geburtstagswünsche, die hier enthalten sind, vielleicht nicht mehr ganz pünktlich eintreffen. Sie betreffen vor allem unseren Kameraden Heinz Richter, der nun 90 Jahre wird. Der Jubilar hat auf meine Bitte hin einen großen Stapel an Dokumenten an mich geschickt. Ich habe alles gesichtet und einen kleinen Teil davon verwandt, um auf Seite 15 einen Überblick über sein Lebensschicksal, aber auch über seine aufrechte Lebenshaltung und seine vielen Aktivitäten, zu formen. Weitere Ausführungen folgen dann in zehn Jahren zum 100. Bis dahin werden wir sicher noch von neuerlichen Aktionen des Jubilars hören.

*Bis zur nächsten Ausgabe
Ihr Alexander Richter*

In dieser Ausgabe:

Friedensnobelpreis an chinesischen Oppositionellen

Liu Xiaobo wird als politischer Gefangener stellvertretend für alle Widerständler geehrt

Seite 7

Titelseite:

Zwanzig Jahre Einheit – VOS-Delegation besucht den Point Alpha

Redaktionsthema:

Ausstellungen / Hohe Geburtstage 2

Politik befürwortet Zeitzeugentätigkeit
Wolfgang Lehmann besucht hohen Politiker 2

Keine Gewalt anwenden, trotzdem von den SED-Zwängen befreit sein

Wolfgang Stiehl spricht bei Einheitsfeier für die Opfer des Kommunismus 4 - 5

Trauerfeier für Bärbel Bohley 5

Langsam nur gibt es Verbesserungen

Ergänzungen zur Gewährungen der Ehrenpension,
Anmerkungen zu den Gutachten 8

Das Tabu von Mauer und Teilung

Die DDR-Literatur mit ihren Verboten 9 - 10

Einheitsfeier und Mauersegmente

Die Stadt Wittlich begeht den 20. Jahrestag mit prominenten Gästen 10

Misstrauen war nicht zu überwinden

Dr. Heinz Schneider mit einem weiteren autobiografischen Reiseerlebnis in der SU 11

Die gelogenen Versprechungen und die falschen Hoffnungen

Ein weiterer Zeitzeugenbericht über das Sterben im Lager Bautzen 12 - 13

Durch Handeln Wissen weitergeben

Rainer Golde holt die Ausstellung „Christliches Handeln in der DDR“ in das Emsland 14

Unermüdet im soziales Engagement und im Einsatz für Demokratie

Heinz Richter zum 90. Geburtstag 15

Gedenkstätte mit Außenwirkung

Präsentation und Lesungen am Tag der Einheit in Dresden und Bautzen 16

- Pressemitteilung, Angemerkt 8, 11

- Suchmeldung, Archivierung 8, 13

- Buchvorstellung, Zitate 10, 11

- Leserbriefe, Meinungen 11

- Daten, Fakten 12

- VOS-Aktivitäten, VOS intern 13

- Verstorbene, Nachrufe 10, 15

- Impressum 16

Liebe Kameradinnen und Kameraden!

Auf der Titelseite dieser Ausgabe findet ihr einen Appell an unsere Politiker, der Bezug zum wirtschaftlichen Aufschwung in unserem schönen Land nimmt. Bitte ausschneiden oder kopieren und an die Bundesregierung oder den Bundestagsabgeordneten eurer Wahl schicken. Vielleicht haben wir dann die Aussicht auf Besserung unserer Ehrenpension.

Einladung

Liebe Kameradinnen, liebe Kameraden von BSV und VOS, hiermit laden wir Euch ganz herzlich zu unserer Jahresabschlussveranstaltung ein am

Samstag, den 13. November 2010, 10.00 Uhr

nach : **Chemnitz, Markt 1, Ratskeller (links)**

Wir wollen auf das Jahr 2009/2010 Rückblick nehmen und aktuelle Fragen der Rehabilitation erörtern. Gelegenheit zur Diskussion und die Begegnung mit Leidenskameraden sind Grundanliegen unserer Veranstaltung. Wir freuen uns auf Euer Kommen und hoffen auf gute Gesundheit.

Der Vorstand der VOS Chemnitz - Hohenstein-Ernstthal – Stollberg Einlass: 09.30 Uhr) ein.

Teilnahmebestätigung:

telefonisch unter 03 72 09 - 80 48 1

oder schriftlich an: VOS-Chemnitz, Müllerstr. 12,

Mehr als nur Weisheit:

Das SED-Gedanken-Karussell zur Straf-Psychiatrie wurde schnell ausgebremst. Die wackeren Plattmacher ignorieren alles schlicht und behaupten: „Es gab keinen Missbrauch.“ Allein das zeigt, wie unerbittlich die Fesseln von den Tätern in den Köpfen der Psychiatrie-Opfer angelegt worden sind. Der Psychiatriemissbrauch in der DDR führte zu einer verhängenen Einsamkeit und wurde zum Gebrechen der Opfer.

Andreas Kaiser

Weiter spendenfreudige Kameraden

Georg Dammköhler, Erich Schmidt, Peter Leuteritz, Werner Wähnert, Manfred Grünert, Petra und Roland Wünsche, Hans Schneevoigt, Armin Bernecker, Gottfried Gläser, Elisabeth und Dieter Müller, Heidemarie und Klaus Mlodzianowski, Gerhard Herrmann, Fritz Giese, Heinz Richter, Margarete und Albin Lichy, Werner Mieth, Jürgen Kurt Wenzel, Gerhard Bohne, Werner Hummel, Andreas Endresz, Karl Schwarzkopf, Waldemar Döring, Hans-Christian Braun, Rainer Buchwald, Gerd Ahnert, Joachim Frenzel, Ursula und Kurt Siehl, Irene Petzel, Kurt Krüger, Erika und Prof. Dr. Gerhard Northoff, Ingrid und Michael Faber, Günter Prescher, Sabine Trompler, Gerhard Düsterdick, Guntram Venus, Helmut Felbrich, Fritz Schaarschmidt, Erich Keppeler, Gisela und Dieter Wulff, Lothar Meissner, Irma Sann, Günther Kleinschmidt, Erik Hofmann, Helmut Günther, Wilhelm Sperling, Ilse Schneider, Gerda Flöck, Wigand Dannemann, Holker Thierfeld, Wolfgang Ullrich, Felicitas Rosentreter, Fredi Wietzoreck, Eberhard Hollstein, Gisela Wollscheid, Helga und Gerhard Schumann, Jürgen Stahf, Gerd Lewin, Annelie Fratz, Roland Fiedler, Margot Liepke, Helmut Gorgas, Walter Jürss, Roland Steinbach

Dank an alle, die mich so tatkräftig unterstützt haben

Bekannt wurde der „Fall Schaarschmidt“ durch Veröffentlichungen hier in der FREIHEITSGLOCKE, aber auch durch Fernsehen und Presse. Hier wurden auch der Verlauf und der Ausgang geschildert. Viele Kameraden wurden durch Spenden aktiv. Durch die fantastische Solidarität der um das Unrecht der DDR wissenden Personen und die Kameraden der VOS gingen Spendengelder in beachtlicher Höhe auf die eingerichteten Spendenkonten. Da mir nur wenige Spender persönlich bekannt sind, möchte ich hier auf diesem Wege allen Kameraden, die in der betreffenden Zeit zu mir standen, herzlich danken.

Fritz Schaarschmidt

Unantastbarkeit der Menschenwürde sollte für alle Diktaturoffer gelten

Kamerad Wolfgang Stiehl vertritt bei den Gedenkfeiern zur Deutschen Einheit am Magdeburger Bürgerdenkmal die Interessen unseres Verbandes und aller Kommunismus-Opfer

Anlässlich der Gedenkveranstaltung, die durch die Stadt Magdeburg zum zwanzigsten Jahrestag der Deutschen Einheit stattfand, wurde die VOS des Landes Sachsen-Anhalt vom Oberbürgermeister der Stadt Magdeburg gebeten, aus Sicht der Opfer des kommunistischen Regimes ein Statement in Form einer kurzen Ansprache abzugeben. Dieser Bitte kam Kamerad Wolfgang Stiehl nach. Nachstehend veröffentlichen wir den Redeinhalt, auf den bei Unterlegung eines Fotos auch in der Magdeburger Volksstimme hingewiesen wurde,

Ich möchte meine Gedanken zu 20 Jahren friedlicher Revolution aus der Sicht der Betroffenen und Opfer der zweiten, der Real-sozialistischen Diktatur äußern. Einer Diktatur, die nahtlos die NS-Diktatur im östlichen Teil Deutschlands ablöste. – Vom Rassenwahn zum Klassenwahn.

In allen Diktaturen hat sich die Verfolgung einer Minderheit stets als probates Mittel zur Sicherung des Machtanspruchs der Diktatoren bewährt. Die verfolgte Minderheit in der realsozialistischen Diktatur des Proletariats, wie sich die Gewaltherrschaft selbst nannte, zählte rund eine viertel Million Bürger. Diese wurden durch Freiheitsentzug und fortlaufende Unterdrückung poli-

tisch verfolgt. Eigentlich nur eine Minderheit von unter 2%. Das sind aber dennoch 250.000 zu viel.

Eine etwa gleich große Minderheit sind aber auch die kommunistischen Machthaber in deren Auftrag die politischen Häftlinge „erzeugt“ wurden.

Ziel war die exemplarische stellvertretende Bestrafung irgendwie aufgefallener Bürger als Mittel zur Disziplinierung der Massen durch Erzeugung einer ungeheuren, nicht klar fassbaren Angst vor dem Auffallen durch eine „abweichende, nicht SED-konforme Meinungen“ (oft nicht einmal Handlungen).

Durchgesetzt wurde diese systemerhaltende Aufgabe mit Hilfe von „Schild und Schwert“, der führenden Partei der Arbeiterklasse (sprich Stasi). In den nicht zimperlichen Verfolgungsmaßnahmen der beiden nacheinander folgenden sozialistischen Diktaturen bedeuteten Menschenleben und Menschenwürde absolut nichts.

Die Erlebnisse der von politischer Verfolgung im Realsozialismus Betroffenen sind den Nichtbetroffenen weitestgehend in den Einzelheiten unbekannt und noch weit mehr unverständlich. Allzu viele leiden noch heute unzumutbar (finanziell und gesundheitlich) an den Haft- und Verfolgungsmaßnahmen (die bis zu 44 Jahre ver-

schwiegen wurden).

Diese wenigen Andeutungen mögen zur Darstellung der Besonderheit dieser Minderheit ausreichen. Wir wollen ja schließlich der friedlichen Revolution und der Vereinigung unseres Vaterlandes im 1989er und 1990er Jahr des vorigen Jahrhunderts gedenken und uns gemeinsam freuen, wie diese scheinbar

Das Volk hatte sich, ohne gewalttätig werden zu müssen, selbst von der für alle Zeiten in der DDR-Verfassung festgeschriebenen führenden Rolle der vorgeblichen „Partei der Arbeiterklasse“ befreit.

ren Minderheiten plötzlich zur überwältigenden Mehrheit wurden.

Denn auch die jeweils eine bis eineinhalb Millionen Demonstranten am 17. Juni 1953, wie auch im Herbst 1989, waren ja noch immer eine Minderheit von nur knapp 10%. Mit den einzigen freien DDR-Wahlen am 18. März 1990 wurde denn auch die bis dahin theoretisch noch als Minderheitenenvotum einstuftbare Betroffenen-, Opfer-, Gegner- und Demonstranten-Zahl machtvoll zur Mehrheit erhoben. Die SED/PDS sackte von vorgeblich über 98% des hinter ihr stehenden Volkes auf 16,4% der Wählerstimmen ab.

Das Volk hatte sich, ohne gewalttätig werden zu müssen, selbst von der für alle Zeiten in der DDR-Verfassung festgeschriebenen führenden Rolle der vorgeblichen „Partei der Arbeiterklasse“ befreit.

Wir alle, die wir heute in Freiheit und Demokratie leben dürfen, sollten uns dafür einsetzen, dass sich in Deutschland nie wieder eine Diktatur – gleich ob von Rechts oder Links oder von Religionsfanatikern ausgehend – etablieren kann.

Von diesem Ziel sollten wir uns auch nicht durch so manche berechnete Unzufriedenheit mit den täglichen Sorgen und Problemen in der gelebten Demokratie abbringen lassen. Genau letzteres versuchen rechte wie linke Extremisten unablässig mit populistischen Sprüchen von einer notwendigen Systemveränderung.

→ 5 oben



In der Folge der friedlichen Revolution 1989 wurden auch nicht wenige Fehler bei der Vereinigung von zwei deutschen Territorien gemacht. Aber nur wer nichts tut, macht keine Fehler – und – es gab kein Lehrbuch, um solch einen komplexen Prozess fehlerlos in solchem extrem kurzen Zeitrahmen zu bewältigen.

Wir meinen aber auch, erkannte Fehler kann man berichtigen.

Einen dieser Fehler glauben wir darin zu erkennen, dass zwar im Artikel 17 des Einigungsvertrages die ca. 250.000 Diktaturopfer benannt werden, die rehabilitiert und angemessen entschädigt werden sollen (bis heute nicht wirklich geschehen).

Die Unantastbarkeit der Menschenwürde sollte für alle Diktaturopfer gelten. Für die NS-Diktatur bestehen entsprechende Verbote.

Aber im gesamten Einigungsvertrag wird kein Wort darüber verloren, dass die Unrecht getan habenden Menschen etwa für ihre Verbrechen gegen Menschenrechte zur Rechenschaft zu ziehen sind.

Das Rückwirkungsverbot ist eines der wichtigsten Fundamente des Rechtsstaates. Somit können wir heute auch Versäumnisse oder Fehler des Einigungsvertrages nicht mehr korrigieren. Aber wir meinen, für die Zukunft strenger vorzubeugen ist jederzeit per Gesetz machbar.

Die Unantastbarkeit der Menschenwürde sollte auch für alle Diktaturopfer gelten. Für die NS-Diktatur bestehen entsprechende Verbote der Diktaturverherrlichung und der Herabwürdigung der Opfer. Wir müssen fragen, wann gilt der Gleichheitsgrundsatz unserer Verfassung für alle Opfer?

Zu einer eklatanten Form der Diktaturverherrlichung haben sich, wie in der Volksstimme vom 7. August dieses Jahres zu lesen war, vorwiegend Ex-DDR-Apparatschiks zu einer Zeitzeugenbörse zusammengetan um ihre Sicht auf die untergegangene DDR an die Schüler heranzubringen.

Wenige Demokraten unter diesen, vorrangig Schönrede-Zeitzeugen, werden gern von den besserwissen wollenen SED/PDS/Linken-Vertretern, die ja in der „Führungsposition“ waren, über-

trumpft und rausgemobt. Wir haben dies bereits erfahren.

"Wir leben alle unter der gleichen Sonne, haben aber nicht alle den gleichen Horizont", sagte schon Konrad Adenauer zum Phänomen der ungleichen Wahrnehmung der Wirklichkeit.

Wir können und wollen den DDR-Schönrednern die Verkündung ihrer ganz individuellen Herrschersicht nicht verbieten. Aber wir erwarten, dass die Kultusminister der Länder, angesichts solcher Absichtserklärungen, endlich ihre Schulaufgaben erledigen und für die Vermittlung eines fundierten allseitigen Faktenwissens über die vergangenen Diktaturen Sorge tragen. Damit befähigen sie Lehrer und Schüler, selbst die schönen Berichte zu hinterfragen. Unser Nachbarland Niedersachsen macht uns darin was vor.

Nach diesen – für notwendig erachteten Mahnungen zum Schutze unserer schwer mit vielen persönlichen Opfern erkämpften Demokratie – wollen wir zum Fazit unserer Betrachtungen kommen

Mögen unsere Politiker mit Gottes Hilfe, aber noch weit mehr durch eigene Anstrengungen, ihre Glaubwürdigkeit und Akzeptanz beim Wählervolk so verbessern, dass die immer stärker gewordene Partei der Nichtwähler wieder an Stimmen verliert.

Für die meisten Bürger war und ist der Tag der Wiedervereinigung ein Tag der Freude und der Dankbarkeit.

Vierzig Jahre durften wir nie wählen – nur Zettel falten und zustimmen. Heute dürfen wir wirklich wählen, und immer weniger Menschen gehen an die Wahlurnen. Da läuft etwas absolut falsch. Nicht vordergründige kurzzeitig medienwirksame, aber unhaltbare Wahlversprechen bringen die Menschen wieder an die Wahlurne, sondern klare einleuchtende Erklärungen, weshalb man unbequeme aber letztendlich Erfolg versprechende Maßnahmen zum Wohle des Volkes durchsetzen möchte. Auch der Missbrauch von politischen Ämtern als Parteimitgliedsversorgungseinrichtungen sollte verschwinden.

Für die meisten Bürger der ehemaligen DDR und sicher auch für viele Bürger der alten Bundesländer war und

ist der Tag der Wiedervereinigung ein Tag der Freude und Dankbarkeit. Ganz besonders natürlich für die von der politischen Verfolgung Betroffenen.

Unsere Dankbarkeit gilt, neben den 1989 – wie schon einmal 1953 – mutig demonstrierenden, den vielen Menschen, die sich nach dem Diktaturwechsel im Mai 1945 in einem Teil Deutschlands und in den Osteuropäischen Ländern, gegen diese, anders als die NS-Diktatur geartete, aber ebenfalls verbrecherisch handelnde Diktatur, auflehnten und dies häufig mit ihrer Freiheit, Gesundheit und sozialen Stellung bezahlen mussten.

Ganz besonders möchten wir aber auch all der vielen Kameradinnen und Kameraden gedenken, die diesen Tag nicht mehr erleben konnten. Viel zu viele sind in den SBZ/DDR-Lagern und Zuchthäusern elendiglich verreckt und in Massengräbern verscharrt worden, ohne die Angehörigen zu benachrichtigen. Andere haben die Erringung von Freiheit und Demokratie nach ihrer Haftzeit nicht mehr erleben können, weil ihre Lebenszeit – oft haftbedingt – vorher abgelaufen war.

Wolfgang Stiehl

Hinweis: Das Foto (© W. Stiehl) auf Seite 4 zeigt Wolfgang Stiehl und seine Ehefrau zusammen mit dem in den USA lebenden VOS-Kameraden Christian M. Lappe (Mitte), der für die Freiheitsglocke mehrfach Beiträge in Gedichtform geschrieben hat (zuletzt in Ausgabe 696).

Würdige Trauerfeier für Bärbel Bohley

☞ Die jüngst verstorbene Bürgerrechtlerin Bärbel Bohley wurde am 24. September durch eine Trauerfeier in der Berliner Gethsemanekirche nochmals in ihren Verdiensten gewürdigt. Mehr als tausend Gäste, voran Bohleys Mann Dragan Lukic, nahmen von der in den 1980-Jahren aus der DDR ausgewiesenen Malerin Abschied. Darunter auch Walter Momper und Wolfgang Thierse von der SPD und Renate Künast von den Grünen. Die Trauergäste konnten sich in ein Kondolenzbuch eintragen.

Bohley war nach der Rückkehr aus England zu einer Symbolfigur der Bürgerbewegung geworden. Sie starb am 11. September dieses Jahres.

Das Erreichte würdigen, aber auch den Finger in die Wunde legen

Jörg Petzold zieht 20 Jahre nach der offiziellen Wiedervereinigung ein durchaus positives Fazit

Grundsätzlich bin ich über die deutsche Einheit sehr froh. Ich glaube auch, dass die große Mehrheit der Deutschen diese Einheit wollte. Es gab damals, vor zwanzig Jahren, bei einigen Menschen, unter ihnen auch Bürgerrechtler aus der „DDR“, die Meinung, es gäbe einen dritten Weg, und es könnte eine „DDR“ ohne Stasi und Diktatur geben. Meiner Meinung nach war das eine Utopie.

Selbstverständlich war ein kleiner Teil der Menschen für die Beibehaltung eines rückständigen Staatesystems. Und das Politbüro der SED, der Ministerrat, die SED-Bezirks- und Kreisleitungen, das MfS und die Angehörigen ähnlicher Schaltstellen der Nomenklatura hätten ihre „DDR“, so wie sie war, ohnehin gern behalten. Diese Leute stellten aber nie und nimmer die Mehrheit der Bevölkerung.

Vielen Leuten in den neuen Bundesländern geht es heute unvergleichlich besser als zur Zeit der Diktatur. Ich sehe durchaus „blühende Landschaften“ in Mitteldeutschland und erkenne eher Defizite in Westdeutschland, etwa im Ruhrgebiet.

Die Rentner im Beitrittsgebiet sind die echten Gewinner der deut-

schen Einheit. Dennoch lamentieren sie, weil noch keine endgültige Gleichheit zwischen den Renten in Ost und West hergestellt wurde.

Die vollbeschäftigten Arbeitnehmer in den neuen Bundesländern gehören ebenfalls zu den Gewinnern. Sie genießen die Vorzüge einer Demokratie. Die Garantie für ein schönes und absolut sorgenfreies Leben hat es in der deutschen Geschichte allerdings noch nie gegeben.

Viele Menschen sehen sehr viele Dinge des Alltags als selbstverständlich an. Die „DDR“ war 1989 nun mal bankrott. Wer anderer Meinung ist, sollte die Schürer-Analyse lesen. Schürer war in der „DDR“ ein kompetenter Ökonom.

Bei der Umstellung der sozialistischen Planwirtschaft auf das freie und moderne Marktwirtschaftssystem wurden natürlich auch Fehler gemacht. Die Treuhandgesellschaft möchte ich in diesem Zusammenhang nicht unbedingt verurteilen; dann schon eher verschiedene „Raubritter“ aus der alten Bundesrepublik. Es hat vielleicht auch Unrecht bei der Rückgabe von Eigentum gegeben. Viele Westdeutsche wollten jedoch auch wirklich helfen.

Wir ehemals durch die SED politisch Verfolgten sind pro Haftmonat mit 600 DM entschädigt worden und unter der Voraussetzung der strafrechtlichen Rehabilitierung des erlittenen Unrechts erhalten wir monatlich eine Ehrenrente von 250 Euro. Bei Fällen von Zwangsausiedlungen, bei Einweisungen und schwer nachweisbaren Misshandlungen in Jugendwerkhöfen, auch bei anderem durch die Kommunisten zugefügten Unrecht müssten jedoch ebenfalls gesetzliche Voraussetzungen zur Wiedergutmachung geschaffen werden. Dafür sind neben den offiziellen Stellen auch die Opferverbände mit zuständig. Immer wieder sollten wir daher den Finger in die Wunde legen.

Die Garantie für ein schönes und absolut sorgenfreies Leben hat es in der deutschen Geschichte noch nie gegeben.

Neben dem Kampf für verbesserte Lebensumstände der Opfer von Gewalt und Diktatur gilt unser Augenmerk auch weiterhin der allgemeinen Aufarbeitung des begangenen bzw. erlittenen Unrechts. Während man das Zeigen und die Verbreitung von Symbolen aus der NS-Zeit per Gesetz verbietet, blüht die Verherrlichung der kommunistischen Diktatur in Schrift, Bild, Filmen oder Reklameartikeln geradezu auf. Ich kann nicht beurteilen, wer von den vier Machtsäulen des Staates bei der Verfolgung und Verurteilung der einstigen SED-Täter am meisten versagt hat.

Bei der Aufarbeitung der NS-Diktatur ist so mancher Täter einer gerechten Strafe entkommen. Nach dem Ende der SED-Diktatur sind dagegen viele Täter mit guten und höchstens symbolischen Strafen belohnt worden.

Obwohl ich für die Zukunft ein paar Probleme sehe und auch keineswegs mit allem, was in diesem Staat geschieht, einverstanden bin, schaue ich optimistisch nach vorn. Bei einer klugen Politik der Verantwortlichen können wir weiter in gesicherten Verhältnissen, vielleicht sogar in Wohlstand, Frieden und Freiheit leben. *Jörg Petzold*



Die „blühenden Landschaften“ schmücken inzwischen viele Orte in den neuen Bundesländern. Man muss nur hinschauen.

Demokratische Welt fordert: Freiheit für den Friedens-Nobelpreisträger Liu Xiaobo

„Freier Deutscher Autorenverband“ erklärt sich (wie andere auch) mit dem Bürgerrechtler solidarisch

Selten ist die Auszeichnung mit dem Friedensnobelpreis von der internationalen Öffentlichkeit derart einmütig begrüßt worden wie die Wahl des chinesischen Bürgerrechtlers Liu Xiaobo durch das norwegische Nobelpreiskomitee am 8. Oktober.

Der hier ausgezeichnete Literaturwissenschaftler, der in Oslo, Hawaii und New York unterrichtet hat, wird die Ehrung am 10. Dezember in der norwegischen Hauptstadt nicht selbst entgegennehmen können, weil er am 8. Dezember 2008 verhaftet und ein Jahr später zu elf Jahren Gefängnis verurteilt wurde. Als Grund für diese lange Haftstrafe wurde in der Urteilsbegründung angegeben: Wegen „Anstiftung zur Untergrabung der Staatsgewalt und zum Umsturz des sozialistischen Systems“.

Die Verleihung dieses weltweit höchst angesehenen Preises an einen Intellektuellen, der aus politischen Gründen verfolgt wird, erinnert an das Schicksal des deutschen Journalisten Carl von Ossietzky (1889-1938), dem 1936 der Friedensnobelpreis zuerkannt wurde, als er schon das vierte Jahr im Konzentrationslager saß. Verbrochen hatte er ebenso wenig wie der 1955 geborene Liu Xiaobo, der von der Staatsführung in Peking nichts weiter einfordert als ein Mehrparteien-System in China, unabhängige Gerichte und Religionsfreiheit. Der chinesische Bürgerrechtler, der kein kommunistischer Dissident ist, sondern ein „aufrichtiger Intellektueller und überzeugter Demokrat“, wie die „Neue Zürcher Zeitung“ schrieb, hat vor seiner dritten Verurteilung schon zweimal im Gefängnis gesessen. So wurde er 1989, nachdem er am Hungerstreik auf dem „Platz des Himmlischen Friedens“ teilgenommen hatte, zu zwei Jahren verurteilt und 1996 wegen „Störung der öffentlichen Ordnung“ zu drei Jahren Arbeitslager.

Der 1973 gegründete „Freie Deutsche Autorenverband“, der in

der Tradition des 1933 verbotenen „Schutzverbands Deutscher Schriftsteller“ steht, verurteilt die Verfolgung dieses mutigen Menschen und fordert seine sofortige Freilassung.

Leipzig, 10. Oktober 2010

Prof. Dr. Ilse Nagelschmidt, Präsidentin, Dr. Jörg Bernhard Bilke, Pressereferent

China: Die Verderbtheit des Kommunismus wird offener denn je

Jemanden für mehr als ein Jahrzehnt hinter Gitter zu bringen, nur weil er eine andere als die erwünschte Meinung über den Staat äußert, das ist für manchen, der die DDR erlebt hat, nicht neu. Auch nicht, dass er dafür als krimineller Verbrecher bezeichnet wird.

Nach dem Fall der Mauer und dem Ende des Kommunismus hielten wir diese krankhafte Art, eine Ideologie zu rechtfertigen und der Mehrheit der Bevölkerung aufzwingen zu wollen, für überwunden. Wie wir am Beispiel des chinesischen Systemkritikers Liu Xiaobo erfahren, ist das Irrtum. In China, dem Land der untergegangenen Sonne, werden Menschenrechte und demokratische Grundfreiheiten weiterhin mit Füßen getreten. Immer wieder gibt es Ereignisse, die an das Massaker von 1989 erinnern, als die Panzer rollten und Menschen so erbarmungslos zertreten wurden, als wären sie Ungeziefer.

Liu Xiaobo, der erst bei einem Besuch seiner Frau im Gefängnis von der Verleihung des Friedensnobelpreises erfuhr, gab die Ehrung denn auch passend an die Opfer von damals weiter, indem er sagte, dass er jenen „verlorenen Seelen“ gehöre.

Er selbst gehörte zu den Demonstranten jenes Pekinger Junis und war bereits damals inhaftiert worden. Liu Xiaobo ist ein weltweit gefragter Hochschullehrer, der bereits an renommierten Universitäten gearbeitet hat. H. Diederich

Der Friedensnobelpreis – ein wichtiges Signal

Die Verleihung des Friedensnobelpreises ist nicht nur einfach nur eine Geste oder die Auszeichnung für eine besondere Tat. Gerade im Falle von Liu Xiaobo wurde damit der in China auftretende Konflikt zwischen den Vertretern einer gnadenlosen Diktatur und der aufbegehrenden Intelligenz einmal mehr bloßgelegt. Während die Hardliner der Kommunistischen Partei Chinas den Regimekritiker Liu zum „Kriminellen“ abstempeln und gar die Beziehungen zu Norwegen belasten, wagen sich die reformwilligen Kräfte weiter vor. Sie fordern die Freilassung des Inhaftierten und die Durchsetzung der in der Charta 08 aufgeführten Vorschläge und Forderungen für ein freies und demokratisch geführtes Land. Durch die Verleihung des Preises bekommen die fortschrittlichen Kräfte im Land mehr Mut. Und wer in der DDR gelebt hat, der weiß, wie wichtig internationale Fürsprache und Solidarität für einen bedingungslosen Widerstand gegen eine Diktatur sind. T.H.

Die Charta 08

Mit der Charta 08 wurde ein Manifest verfasst, das von 303 chinesischen Dissidenten, darunter Liu Xiaobo unterzeichnet wurde, um die Parteidiktatur zu beenden und keine politischen Gefangenen zuzulassen.

6. Sicherung der Menschenrechte: Die Menschenrechte sind wirksam zu garantieren, die Würde der Menschen ist zu schützen. Einrichtung eines Ausschusses für Menschenrechte, der der höchsten Volksvertretung verantwortlich ist und verhindert, dass die Regierung ihre Befugnisse dazu missbraucht, gegen Menschenrechte zu verstoßen; insbesondere muss er die persönliche Freiheit der Bürger sicherstellen, niemand darf ungesetzlich verhaftet, eingesperrt, vorgeladen, verhört oder bestraft werden, das System der Erziehung durch Arbeit [Arbeitslager] ist abzuschaffen.

Veröffentlicht im Internet in deutscher und chinesischer Sprache

Viel Jubel um wenig? Und doch wieder einiges erreicht

Mit kleinen Schritten und langen Ruhepausen auf dem Weg der besseren Opferrente

Unter Zustimmung aller Fraktionen im Bundestag sind im Oktober mehrere Verbesserungen am Strafrechtlichen StrRehaG (Rehabilitierungsgesetz) und weiteren Rehabilitierungsvorschriften vorgenommen worden. Im Wesentlichen wurden die Maßnahmen umgesetzt, die von der Union eingebracht wurden, die bei der Durchsetzung weiterer Verbesserungen Hauptansprechpartner der SED-Opfer bleibt.

Die Gewährung der SED-Opferpension, die es immer noch nicht für alle ehemaligen politischen Häftling der SBZ/DDR gibt, wird dadurch erneut durch kleine Schritte vereinfacht und verbessert. Erfreulich sind vor allem die verbesserten Bezugsbedingungen für Familien mit Kindern. Dies geschieht mit der Einführung eines Kinderfreibetrages und durch die nunmehr wegfallende Anrechnung des Kindergeldes bei der Einkommensermittlung der Eltern. Eine Maßnahme, die in der Freiheitsglocke bereits nach der Verabschiedung der ersten Gesetzesfassung vehement gefordert wurde, denn gerade Familien mit minderjährigen Kindern sind unverständlicherweise benachteiligt worden, worauf der Opferverband immer hingewiesen hat.

Ähnlich verhält es sich bei der Klarstellung der Mindesthaftzeit. Immer wieder hat es Streit wegen der Auslegungsbestimmung der sechs Haftmonate gegeben. Teilweise wurde wegen Fehlens einzelner Tage der Anspruch verweigert. Dies wurde endlich präzisiert und damit eine weitere Unklarheit beseitigt.

Ebenfalls soll auch eine gerechtere Einbeziehung von Betroffenen aus DDR-Jugendwerkhöfen und den Heimkinder-Opfern in den Berechtigten-Kreis von § 2 StrRehaG und eine Ausdehnung der Härtefallregelung vor dem Hintergrund der willkürlichen DDR-Haftentlassungspraxis erfolgen. Diese Besserungen können nicht darüber hinwegtäuschen, dass im Bereich der Misshandlung von Jugendlichen in Werkhöfen u. ä. noch enormer Aufklärungsbedarf besteht.

Schwieriger wird es hingegen für Schwervermittler, denen bislang gleichfalls eine Opferpension gewährt wurde, diese jetzt noch zu erlangen. Zumindest solange die Verurteilung im Bundeszentralregister enthalten ist, wird nicht gezahlt. Ob für diese Gruppe von Tätern jedoch ein moralisches Recht gemäß dem der ehemaligen politischen Häftlinge besteht und wieso man Kriminelle quasi auf eine Stufe mit politischen Widerständlern stellt, bleibt dauerhaft unklar.

Im Sinne aller Betroffenen ist die Verlängerung der Reha-Fristen auf 2019 (Strafrechtliche-, Berufliche- und Verwaltungsrechtliche Rehabilitierung) anzusehen.

Am 12. Oktober berichteten nahezu alle Fernsehstationen des Erdballs über die Befreiung chilenischer Kohlenhauer aus einer tiefen Erdgrube, in der sie mehrere Wochen abgekapselt saßen. Die Welt war glücklich und gerührt, man mahnte an, den Bergleuten auf jeden Fall auch nach dieser Befreiung bei der Bewältigung der Spätfolgen des Traumas zu helfen.

Damit könnten auch Opfer einen Antrag stellen, die bis heute noch nichts von ihrer Berechtigung wissen.

Ein dickes Fragezeichen bleibt hinter dem Passus „Beendigung der bürokratischen Schikane anlassloser und Turnusüberprüfungen der Bezugsberechtigung sowie Verbesserungen und Vereinfachungen im Verwaltungsverfahren“. Leider begegnet man bei seinen Anträgen in Ämtern und Behörden noch einem Ausmaß an Inkompetenz und Hilflosigkeit, oft auch Ignoranz, welches einen erschrecken lässt. Gutachter, deren Ahnungslosigkeit geradezu unfassbar ist, die jedoch für ihre Gutachtertätigkeit dicke Honorare einstreichen, werden dazu bestellt, die Schwere von Haftschäden festzustellen. Ihnen fehlt das Wissen über die Haftzustände der DDR und das Beurteilungsvermögen der psychischen Schäden ehemals politisch Inhaftierter. Sie wissen nichts über die Art der personellen Bestückung der medizinischen Einrichtungen in den Zuchthäusern, Gefängnissen und Psychiatrien. Und die Sachbearbeiter in den Ämtern, die die vorliegenden Anträge erst bearbeiten, wenn sie zum dritten Mal dazu aufgefordert werden,

Niemand wird einem Gutachter im Gespräch seine wirkliche Krankheitssituation beschreiben können und wollen, wenn dieser nicht ein Vertrauensverhältnis zu ihm entwickelt und wenn er keine Sachkenntnis zur Haftsituation in der DDR besitzt.

behandeln die Haftopfer der DDR wie lästige Bittsteller. Fast alle, die behördlicherseits mit den Reha-Anträgen zu tun haben, reagieren bei Nachfragen oder Einsprüchen mit Obrigkeitsmentalität und Rechthaberei. Um diese völlig mangelhafte Situation zu bereinigen, sind ganz konkrete Neuregelungen unabdingbar. Dazu gehört, dass die zuständigen Mitarbeiter in den Ämtern, ebenso die Gutachter, Kenntnisse über die Haftbedingungen und das politische System der DDR nachweisen müssten. Dies kann nur durch fachliche Schulungen und durch Kennenlernen der Strafvollzugseinrichtungen und der Stasi-Gefängnisse der DDR, d. h. durch Besuche der jetzigen Gedenkstätten geschehen.

Man sollte nicht vergessen: Reha-Anträge sind Zeugnisse ganz persönlicher, sehr schwerer Schicksale, sie sind vor allem Vertrauenssache. Niemand wird einem Gutachter im Gespräch seine wirkliche Krankheitssituation beschreiben können und wollen, wenn dieser nicht ein Vertrauensverhältnis zu ihm entwickelt und wenn er keine Sachkenntnis zur Haftsituation in der DDR besitzt. Daher ist es unerlässlich, dass sich die Opfer einen Gutachter nach eigener Wahl suchen dürfen. Unberührt bleiben nach wie vor die Grundforderungen der SED-Opfer nach Aufhebung der Bedürftigkeitsklausel und der Mindesthaftzeit von einem halben Jahr. Diese werden seitens des Opferverbandes natürlich nicht aufgegeben.

B. Thonn

Die Mahnung kam zurecht. Wir ehemaligen Stasi-Häftlinge wissen es sehr gut. Auch wir waren abgekapselt, in engen Zellen, dies aber über Monate und ohne Kontakte zur Außenwelt. Auch wir kämpfen mit dem schweren Trauma unserer Vergangenheit. Wir wissen, wie schwer es ist, nach Jahren noch Unterstützung zu finden *Tom Haltern*

Angemerkt

Unberührt von Mauer und Todesschüssen - die Teilung in der Literatur

Es gibt nur wenige Autorinnen und Autoren, die in Lyrik und Prosa das Unrecht und die Leiden der Folgen des geteilten Deutschlands beschreiben

Die politische Klasse in der alten Bundesrepublik Deutschland 1949 bis 1989 hat sich, trotz gegenteiliger Bekundungen und trotz aller innerdeutschen Entspannungsverträge mit der DDR-Regierung, kaum jemals für das Schicksal ihrer eingeschlossenen Landsleute in Mitteldeutschland interessiert.

Neuestes Beispiel dieses verqueren, aber noch immer virulenten Denkens ist die Berliner Rede des 1954 im rheinischen Bonn geborenen Bundsinnenministers Thomas de Maizière, die er am 31. August im Kronprinzenpalais Unter den Linden zum 20. Jahrestag der Unterzeichnung des Einigungsvertrags gehalten hat. Der verräterische Satz, der die Mitteldeutschen ausgrenzt aus deutscher Geschichte und Gegenwart, lautet: „Heute wissen wir, Deutschland hätte von der DDR vielleicht nicht den Hymnen-Text, aber ruhig ein bisschen mehr übernehmen können als nur den grünen Pfeil und das Ampelmännchen.“

Diese Mentalität, sich völlig unberührt zu zeigen vom Schicksal der 17 Millionen Mitteldeutschen, die beim Kriegsende 1945 zufällig in der falschen Gegend lebten und deshalb in weit stärkerem Umfang als die im „Wirtschaftswunderland“ lebenden Westdeutschen die Folgen des Zweiten Weltkriegs zu tragen hatten, ist auch das untrügliche Kennzeichen der westdeutschen Nachkriegsliteratur. Es ist erschreckend zu sehen, wie wenig die „nationale Frage“, die zu lösen war, nämlich die unerträgliche Teilung Deutschlands, überhaupt wahrgenommen wurde! Die Autoren, die sich diesem abseitigen Thema zuwandten, kann man an den Fingern einer Hand abzählen: neben Kurt Morawietz und dessen Lyrik-Anthologie „Deutsche Teilung“ (1966) waren das lediglich der aus Sachsen stammende Gerhard Zwerenz, der im Sommer 1957 aus Leipzig geflohen war, der Pommer Uwe Johnson mit seinem hohen Aufsehen erregenden Roman „Zwei Ansichten“ (1965) über die Flucht einer Ostberliner Krankenschwester, der Brandenburger Die-

ter Lattmann mit seinem Roman „Die Brüder“ (1985), der Franke Theodor Schübel und der Ostpreuße Arno Surminski mit seinem Roman „Polninken oder Eine deutsche Liebe“ (1984).

Überprüft man die Lebensläufe, wird man freilich feststellen, dass alle diese Autoren, auch Uwe Johnson und Arno Surminski, irgendwann nach 1945 in Mitteldeutschland gelebt oder ihre DDR-Erfahrungen an der innerdeutschen Grenze gewonnen haben wie Theodor Schübel mit seinem Roman „Damals im August“ (1983).

Der einzige Autor, der öffentlich aussprach, an der deutschen Teilung zu leiden, obwohl er über keinerlei biografische und geografische Verbindungen zu Mitteldeutschland verfügte, war erstaunlicherweise der am fernen Bodensee lebende Martin Walser. In seiner Rede in den Münchner Kammerspielen 1988 bekannte er, dass die mitteldeutschen Kulturlandschaften Thüringen und Sachsen auch zu seinem Selbstverständnis als Deutscher gehörten.

Aber schlimmer noch als das Desinteresse an der deutschen Frage war der offene Kampf gegen die Wiedervereinigung und damit gegen den Freiheitswillen der mitteldeutschen Bevölkerung, wie ihn Günter Grass vortrug.

Hatte er noch am 14. August 1961 in seinem „Offenen Brief an Anna Seghers“ gegen den Mauerbau in Berlin protestiert und 1966 in seinem Theaterstück „Die Plebejer proben den Aufstand“ den 17. Juni 1953 favorisiert, so trat er 1990 in seinen „Reden eines vaterlandslosen Gesellen“ noch nach den Wahlen zur nunmehr demokratischen „Volkskammer“ vom 18. März, die ihn Lügen strafen, gegen den Einheitsstaat und für eine Konföderation ein, wobei der kollabierende SED-Staat freilich vom reichen Westdeutschland hätte finanziert werden müssen. Sein umwerfendes Argument: Die „Erfahrung Ausschwitz“ schließe die deutsche Einheit aus!

In seinem Fontane-Roman „Ein weites Feld“ (1995) erklärte er

schließlich den durch und durch gescheiterten Staat, der nur noch vom „Ministerium für Staatssicherheit“ beherrscht wurde, zur „kommoden Diktatur“.

Grenze

Ich steh auf dem Dachfirst
Ich springe hinunter
Zu dir
Tot

Aus einem Gedichtband von Alexander Richter, in dem die Teilung literarisch konkret verarbeitet wird und das erst nach dessen Inhaftierung und der Übersiedlung in die Bundesrepublik veröffentlicht werden konnte. Das Gedicht ist ein Beispiel, wie sich die Teilung auch ohne Umschweife in lyrischer Form anprangern ließ.

„An Brigitte – LiebesGedichte“

ISBN 3-932805-54-2, 104

Seiten, 10,50 Euro



Die DDR-Literatur dagegen war, so paradox das klingt, von dieser unstillbaren Sehnsucht nach Freiheit erfüllt, die nach dem Mauerbau 1961, als „Republikflucht“ schier unmöglich geworden war, immer stärker wurde und schließlich in den Leipziger Demonstrationen von 1989 gipfelte.

Reiner Kunze beispielsweise veröffentlichte 1963 sein Gedicht vom „Vogel Schmerz“. → 10 oben

von Seite 9 → Darin beklagte er das Land, das „auseinanderbricht“. Wenn man das ideologische Beiwerk abtrennt und die Texte gegen den Strich liest, findet man diesen Aufschrei nach Freiheit 1963 auch bei staatstreuen Autorinnen wie Brigitte Reimann und Christa Wolf. In ihren beiden Romanen „Die Geschwister“ und „Der geteilte Himmel“ wurden Teilung Deutschlands, Mauerbau und „Republikflucht“, die seit 1957 durch Strafgesetze kriminalisiert war und mit Zuchthaus geahndet wurde, breit diskutiert.

Im ersten Roman wird die „Republikflucht“ versucht, aber verhindert, im zweiten vollzogen. Aber immer erscheint Westberlin, das Tor zur Freiheit, aus Sicht der Autorinnen als bedrohlicher Ort, als feindliches Ausland: „Man ist auf schreckliche Weise in der Fremde“. (Christa Wolf). Auf die Tendenz, die Spaltung Deutschlands als Unglück zu betrachten, antwortete die Partei mit einem dialektischen Gegenschlag „Wenn in einem Drittel Deutschlands die Arbeiterklasse gesiegt hat, ist das ein Glück.“ (Horst Sindermann).

Wie ein roter Faden zieht sich der Freiheitsdrang der Unterdrückten durch die DDR-Literatur bis 1989: In dem Gedicht des mit Haftbefehl gesuchten Bernd Jentzsch „Ein Wiesenstück“ (über die innerdeutsche Grenze), im Prosatext „Schießbefehl“ des ausgebürgerten Reiner Kunze, in Volker Brauns „Unvollendeter Geschichte“, die nach der Erstveröffentlichung 1975 verboten wurde. Ebenso in den Erzählungen Thomas Braschs „Fliegen im Gesicht“ und Erik Neutchs „Zwei leere Stühle“.

Unter diesem Aspekt, wie aufklärerische DDR-Literatur dem Freiheitskampf gegen die SED-Diktatur vorgearbeitet hat, ist der Mauerfall noch nie beschrieben worden!

Dr. Jörg Bernhard Bilke

Teilstück der Berliner Mauer enthüllt

VOS beim Festakt in der Kultur- und Tagungsstätte Synagoge in Wittlich (Rheinland-Pfalz) vertreten

(MM) Anlässlich des 20. Jahrestages der deutschen Einheit wurde am 2. Oktober 2010 in Wittlich ein Originalstück der Berliner Mauer von Friedel Drautzburg an die Stiftung der Stadt Wittlich übergeben. Nach der Begrüßung durch den Bürgermeister der Stadt Wittlich, Joachim Rodenkirch hielt der Kuratoriumsvorsitzende der Stiftung Stadt Wittlich Prof. Dr. Dr. hc. Hermann Simon die Festansprache.

Im Beisein zahlreicher geladener Ehrengäste, darunter der ehemalige Bundeswirtschaftsminister Hans Jochim Friederichs, des Bundestagsabgeordneten Patrick Schnieder, der Landtagsabgeordneten CDU-Fraktionsvorsitzenden im Wittlicher Gemeinderat Elfriede Meurer und des Regionalbeauftragten der VOS Saarland-Mosel-Eifel-Hunsrück, Maximilian Meurer wurde anschließend nach der Feierstunde das 3,60 Meter hohe, 1,20 breite und 2,75 Tonnen schwere Mauerstück enthüllt.

In seiner Laudatio zur Enthüllung des Denkmals sprach Bundeswirtschaftsminister a. D. Friedrichs, über die vielen Maueropfer, gelungene Fluchten aus dem Osten, Häftlingsfreikauf und erinnerte an die schmerzhaft widernatürliche Teilung des deutschen Vaterlandes.

Empörend aus VOS-Sicht war die Teilnahme des Stadtrates der Linken, Ali Damar an dieser Veranstaltung. Aus Sicht des größten SED-Opferverbandes ist eine Einladung an einem Vertreter der SED-Nachfolgepartei Die Linke eine Verhöhnung aller ehemaligen politischen Häftlinge und Opfer, welche unter der kommunistischen Diktatur in der DDR zu leiden hatten.

M. Meurer

(FG) Ebenfalls zum Wittlicher Festakt war der Berliner Aktionskünstler Ben Wagin geladen. Wagin, inzwischen achtzigjährig, dennoch rührig, hatte das Mauerstück gestaltet und sich an der im Rahmen des Festakts stattfindenden Pflanzung mehrerer Bäume beteiligt. Von ihm wurde auch eine Gedenktafel mit dem Hinweis auf die Mauertoten entworfen. Die Tafel wurde neben dem Mauerteil angebracht. Ähnlich gestaltete Segmente der einstigen Berliner Mauer stehen bereits in Bonn und Bremen. Ein zweites Mauersegment fand in unmittelbarer Nähe dieser beiden Gedenksymbole seinen Platz. Es war jedoch in seiner ursprünglichen Beschaffenheit belassen worden.

In seiner Festansprache ging Professor Dr. Dr. Hermann Simon, der Vorsitzende des Kuratoriums der Stiftung Stadt Wittlich, auf die Tragik und die Hintergründe des Mauerbaus ein. Simon sagte unter anderem: "Freiheit ist ein schwieriges Kind, sie muss mit Verantwortung und vor allem Eigenverantwortung einhergehen. ... So hoffe ich, dass die Mauerstücke in Wittlich uns alle, vor allem aber die junge Generation und die folgenden Generationen, stets daran erinnern, welch hohes Gut die Freiheit ist."

Dass die Geschichte der deutschen Teilung und der damit verbundenen Opfer in Wittlich eine so umfassende Würdigung erfährt, wird insbesondere von Seiten der VOS hoch eingeschätzt. Der Festakt zeigt einmal mehr, dass es nicht unbedingt der unmittelbaren geografischen Nähe bedarf, um geschichtlich verantwortungsvoll mit unserer Vergangenheit umzugehen. Der Bundesvorstand der VOS bekräftigt daher seinen Dank an die Stadt Wittlich und möchte andere Kommunen ermuntern, durch Gedenkveranstaltungen oder Zeitzeugenprojekte Vergangenes im richtigen Licht erscheinen zu lassen.

Hinweis: Weitere Informationen zum Thema finden sich auf der Internetseite der Stadt Wittlich.

Kamerad Knut Fischer verstorben

Nach kurzer, schwerer Krankheit verstarb am 19. September unser aus Dresden stammender Kamerad Knut Fischer. Kamerad Fischer zeichnete sich durch Geradlinigkeit, Direktheit und Ehrlichkeit aus. Obwohl gesundheitlich deutlich angeschlagen, setzte er sich in hilfsbereiter Weise mit seiner Sachkenntnis für die Sorgen und Belange unserer Kameradinnen und Kameraden ein. Knut Fischer hat ein ehrendes Gedenken verdient.

Möchten Sie in der Sowjetunion leben?

Eine Episode aus der „mezhdunarodnaja kniga“ in Baku 1986

Bei einer meiner Reisen in das damalige „Bruderland“ Sowjetunion fragte mich in der internationalen (mezhdunarodnaja) Buchhandlung „kniga“ in Baku, in der zu Hause kaum zu erhaltende deutschsprachige Bücher missliebiger DDR-Autoren billig zu haben waren, eine junge, höchstens 25-jährige Verkäuferin: „Möchten Sie in der Sowjetunion leben?“

Ich erwiderte: „Nein, aber ich schätze Ihre Kulturvielfalt, komme gerne hierher, fühle mich zu Hause aber am wohlsten.“

Sie erzählte mir, dass sie ein halbes Jahr bei einem deutschen Lehrerehepaar in Rostock zugebracht und dort ihre Deutschkenntnisse verbessert hätte und selbst auch eine Pädagogin sei, aber in der Aserbaidzhanischen Sowjetrepublik als Russin keine Arbeit als Lehrerin gefunden hätte. Die DDR betrachte sie hingegen als ein „wahres Paradies“. Sie verstehe nicht, warum aus diesem schönen Land so viele junge Leute „abhauen“ wollten. Sie kannte tatsächlich den Inhalt des Begriffs „abhauen“.

Ich versuchte ihr klar zu machen, dass wir neben dem sozialen Problem, das bei uns weitestgehend gut gelöst sei, auch noch nationale Probleme hätten und dass wir fast alle auch Verwandte in der Bundesrepublik besitzen, die wir seit Jahrzehnten nicht gesehen haben und gerne einmal wiedersehen möchten, aber nicht dürften. Deshalb habe man auch 1961 eine Mauer gebaut, um eine Flucht von DDR-Bürgern in den Westen zu verhindern. Offiziell gelte sie als ein „antifaschistischer Schutzwall“. Doch das glaube kein Mensch. Dass uns die Bundesrepublik ökonomisch bei weitem überlegen war, habe ich ihr bewusst verschwiegen. Ebenso die drakonischen, völlig ungerechtfertigt hohen Strafen für gefangene Republikflüchtlinge. Ich sagte: „Sie haben doch den Genossen Michail Gorbatschow, der auch bei uns als Hoffnungsträger gilt und sicher bald vieles zum Besseren verändern wird“. Sie und zwei inzwischen hinzugekommene, etwa gleichaltrige ebenfalls gut Deutsch sprech-

de Verkäuferinnen glaubten mir kein Wort, meinten, es würde sich in der Sowjetunion gar nichts verändern. Sie bedankten sich aber für das aus ihrer Sicht offene Gespräch. Meine Frau Thea und ich waren mit den drei Verkäuferinnen allein, und ich hatte nicht den Eindruck, dass sie NKWD-Spitzel waren, doch Thea war etwas ängstlich und zog mich am Arm zurück. Sie wünschte offenbar, dass ich die Unterhaltung sofort beende. Sie fürchtete, dass es sich um politische Zuträger handele und ich Schwierigkeiten bekommen könnte. Ich glaubte ihr nicht und freute mich über das in der Sowjetunion völlig ungewohnte freie Gespräch mit jungen Menschen.

Genau wusste ich allerdings nicht, ob Theas Verdacht nicht doch begründet war, denn eine internationale Buchhandlung, in der viele Ausländer verkehren, wäre eigentlich der ideale Platz für einen solchen Job. Und die doch etwas verblüffende Frage an einen Ausländer stellte sicher auch kaum ein gewöhnlicher Sowjetbürger in der Öffentlichkeit.

Hatte Thea doch Recht? Oder hatte sich die Sowjetunion wider Erwarten in den letzten sechs Jahren, zuletzt unter dem Generalsekretär Michail Gorbatschow, der erst kurz im Amt war, wirklich zu ihrem Vorteil verändert?

Ich wusste es nicht, war aber erstaunt und gleichzeitig etwas glücklich über erste erkennbare Vorzeichen einer beginnenden Umstellung. Mit einem Stapel neuer preiswerter Bücher aus der DDR, die im eigenen Land kaum zu haben waren, darunter „Nachdenken über Christa T“ und „Kassandra“ von Christa Wolff sowie einem Originalbuch aus Österreich verließ ich den Buchladen.

Fünf Jahre danach hatte auch die despotische Sowjetunion – etwas später als die DDR - ihr Existenzrecht verloren. Darüber habe ich mich – sicher im Gegensatz zu vielen anderen „DDR-Bürgern“ - sehr gefreut. Niemand hätte das damals für möglich gehalten.

Dr. Heinz Schneider

Ein historisches Dokument mit Strahlkraft

VOS spricht sich für den Erhalt der Wende-Ausstellung auf dem Berliner Alexanderplatz aus

☒ Die Vereinigung der Opfer des Stalinismus (VOS) hat sich dafür ausgesprochen, die Ausstellung „Friedliche Revolution 1989/90“ auf dem Berliner Alexanderplatz zu erhalten. Es handle sich dabei auch und gerade im 20. Jahr der deutschen Wiedervereinigung um ein historisches Dokument mit Strahlkraft, erklärte der mitgliederstärkste SED-Opferverband.

Der VOS-Bundesvorstand rief Berlins Kultur-Staatssekretär Andre Schmitz (SPD) und den Bezirksbürgermeister von Berlin-Mitte, Dr. Christian Hanke (SPD), dazu auf, zu verhindern, dass die Ausstellung am 03. Oktober 2010 abgebaut und verschrottet wird.

Hugo Diederich, stellvertretender Bundesvorsitzender der VOS, erklärt: „Die Erinnerung an die friedliche Revolution 1989/90 muss wachgehalten werden. Die öffentliche Freiluftausstellung im Herzen Berlins leistet einen guten Beitrag gegen Ostalgie und für politische Bildung vor allem der jungen Generation. Zehntausende haben die Ausstellung bereits besucht. Hier auf muss aufgebaut werden.“

Einen besseren Ort als den Alexanderplatz könne es für diese Exposition nicht geben, betont die VOS. Dort fand am 04. November 1989, also kurz vor dem Mauerfall, die größte Demonstration gegen das DDR-Regime statt. Mindestens 500.000 Menschen versammelten sich damals auf dem Berliner Alexanderplatz. Der Ort stehe deshalb wie kaum ein zweiter für Freiheit und Demokratie.

Das Zitat zur Verleihung des Friedensnobelpreises an den Dissidenten Liu Xiaobo:

Wenn ein Mann zu elf Jahren Gefängnis verurteilt wird, nur weil er seine Meinung gesagt hat, ist es unmöglich für das Komitee, ihm den Preis nicht zu verleihen.

*Thorbjørn Jagland,
Präsident des norwegischen
Nobelpreiskomitees*

Zuerst voller Zuversicht, dann das hoffnungslose Sterben

Ein weiterer Bericht über einen bewusst herbeigeführten Todesfall im Lager Bautzen

Mit einem weiteren Augenzeugenbericht macht Kamerad Heinz Unruh auf das Schicksal des 1951 in Bautzen in der Haft verstorbenen Wolf, Dieter von Rohrscheidt aufmerksam.

Ich möchte als Zeitzeuge diesmal über die Ermordung des Kameraden Wolf- Dieter von Rohrscheidt berichten.

Natürlich sind die Schicksale sämtlicher 15.000 ermordeten Häftlinge genauso des Berichtens wert. Ich will aber dieses Schicksal des Kameraden Wolf- Dieter von Rohrscheidt stellvertretend für alle Opfer herausstellen, und zwar deshalb, weil durch die besonderen Umstände seines Todes die ganze Niedertracht, Unmenschlichkeit und Lüge der Kommunisten offenkundig werden.

Was ich jetzt schreibe, habe ich selbst erlebt und kann deshalb aus eigener Erinnerung darüber berichten.

Wolf- Dieter von Rohrscheidt war wegen angeblicher Spionage zu 25 Jahren Arbeitslager verurteilt. Ich traf Wolf, Dieter im Haus 3, Saal 1, Tbc-Station. Später sahen wir uns auf der Offiziersisolierung im Haus 3 Zellenflügel ... wieder. Hier hatte man ehemalige Offiziere zusammengezogen, um zu verhindern, dass sie auf die übrigen Häftlinge negativen Einfluss nehmen.

Wolf, Dieter lag auf Grund seiner schweren Krankheit in einer Einzelzelle, die neben meiner Zelle lag. Meine Zelle war mit vier Kameraden belegt, es waren Otto Becker, Hans Lange, Günter Fleischer.

Wolf, Dieter wurde von Hans Corbat gepflegt und von Horst Briegmann, der gleichzeitig Zellenältester war, unterstützt. Horst Briegmann gab mir die Gelegenheit, den Kameraden von Rohrscheidt zu besuchen.

Durch den Besuch erfuhr ich von Wolf, Dieter, dass er mit Thomas Mann verwandt sei und dass sein Vater ihm brieflich mitgeteilt hatte, dass er an den Schriftsteller und Nobelpreisträger geschrieben und ihn darum gebeten hätte, sich für die Freilassung des Sohnes einzusetzen. Demnach könne Wolf, Die-

ter mit einer baldigen Freilassung rechnen.

Der Schriftsteller Thomas Mann besuchte damals auf Einladung der Sowjetzonen-Regierung die Ostzone. Er war in Weimar und in Dresden. Hier traf er bei einem Empfang auf hohe kommunistische Parteigrößen. Auch höchste Sowjetoffiziere waren zugegen. Thomas Mann sprach den Sowjetmarschall und Chef der Sowjetzone an und bat um die Freilassung seines Neffen der im KZ-Lager Bautzen vegetierte.

Zeitzeugenbericht Bautzen

Jovial wie rote Offiziere waren, gab dieser Marschall sein Ehrenwort als Offizier der Roten Armee, dass er sich einsetzen werde, damit den Neffen von Thomas Mann freilassen solle.

Das alles stand in dem Brief des Vaters von Wolf, Dieter von Rohrscheidt, den auch ich damals lesen durfte.

Natürlich waren der Vater von Wolf-Dieter von Rohrscheidt und Thomas Mann überzeugt, dass dieser Marschall Sokolowski sein Wort halten würde.

Dieser Brief bestärkte nun den Willen des Kameraden von Rohrscheidt, er nahm den Kampf gegen seine furchtbare Krankheit auf, und es schien, als ob er Erfolg haben könnte. Zu dieser Zeit lief im Lager eine Entlassungsaktion für jugendliche Häftlinge. Dem Kameraden von Rohrscheidt machten selbst die KZ-Schergen große Hoffnung, seine Zivilsachen wurden auf seine Zelle gebracht und er bekam Wunschkost.

Der Gedanke, bald daheim zu sein, ließ seinen Gesundheitszustand zusätzlich noch besser werden.

Nach Ende dieser Entlassungsaktion blieben dann nur Schwerkranke jugendliche zurück, darunter auch Siegfried Mingram (*über ihn*

berichtete der Autor bereits in früheren Fg-Ausgaben ausführlich – d. Red.) und – leider – auch von Rohrscheidt. Seine Zivilsachen wurden abgeholt, und von Entlassung war keine Rede mehr. Sein Lebenswille, bislang durch Post seines Vaters gestärkt, brach zusammen. Die hämischen Bemerkungen der KZ-Schergen die ihm nun unverblümt sagten, dass für ihn keine Entlassung in Frage käme, bewirkten das ihre. Es hieß, man wolle den Kapitalisten keine Handhabe geben, um gegen diesen jungen sozialistischen Staat, der auf Geheiß der Sowjets gerade gegründet worden war, ihre feindliche Propagandamaschinerie anlaufen zu lassen.

Das gab dem Kameraden von Rohrscheidt den Rest, die Krankheit fraß seinen geschwächten Körper innerhalb kurzer Zeit völlig auf.

Wieder brachte mich Horst Briegmann in die Todeszelle, und wieder einmal wurde ich Zeuge eines aussichtslosen Kampfes gegen diese tückische Krankheit. Ich musste mit ansehen, wie man unter Missachtung jeder Menschlichkeit unseren Kameraden von Rohrscheidt bewusst sterben ließ.

→ S. 13

Einige Daten:

Wolf-Dieter von Rohrscheidt ist 1916 in Halle/Saale geboren. Er diente in der Wehrmacht aufgrund einer Einberufung. Laut Fragebogen, den er selbst auszufüllen hatte, war er einfacher Soldat und kein Mitglied der NSDAP. Sein einziger Bruder Klaus-Günther von Rohrscheidt ist demnach 1941 in Rußland gefallen. Die Angaben zu seiner Ehefrau und der ebenfalls angegebenen Tochter sind geschwärzt. Die Haft-Akte enthält mehrere Briefe seines Vaters an die Leitung des Lagers, darunter ein ausführliches Gnadengesuch mit Hinweis auf die Fürsprache von Thomas Mann und die Bitte um Paketerlaubnis. Auch der Verweis auf das Verwandtschaftsverhältnis zu Thomas Mann ist enthalten.

→ **Fortsetzung von S. 12:**

Von dem einst optimistischen und gutherzigen Menschen war alsbald nicht mehr viel übrig. Sein Körper war nur noch ein Gestänge von Knochen, die deutlich hervorstachen und mit einer dünnen, aufplatzenden Haut überzogen waren. Noch konnte er mit mir sprechen. Er bat mich, später seinen Angehörigen von diesem qualvollen Tod zu berichten.

Als ich ihn nach wenigen Tagen wiedersah, erkannte ich, dass er seinen Kampf inzwischen endgültig verloren hatte. Vor mir lag gerade noch ein Bündel Mensch, eine Ruine. Der Sterbende nahm seine Schmerzen und seine Umgebung nicht mehr wahr. Ein kleiner Trost für mich, der ich ihm nicht helfen konnte. Die Haut, die wie altes Leder aussah, war durch Geschwüre aufgebrochen, Blut und Eiter sickerten aus den nicht verbundenen Wunden. Sein Haupt, zum Kindskopf geschrumpft, lag seitlich, die Augen tief eingefallen waren geschlossen, sein Atem war kaum spürbar. Arme und Beine waren nur noch Stöckchen.

Als ich tief betroffen seine To-deszelle verließ, musste ich unweigerlich an Siegfried Mingram denken, der unter den gleichen Umständen dahin gedämmert war. Tage später hatte Kamerad von Rohrscheidt seinen aussichtslosen Kampf verloren.

Für die KZ-Schergen war er nur ein Klassenfeind gewesen, den man hatte ausmerzen müssen.

Am 23. Juli 1951 hatte er seinen Kampf verloren. Die Kommunisten hatten ihn bewusst sterben lassen. Das war Mord.

Horst Briegmann musste den Toten in eine schmutzige Decke hüllen und mit Hilfe von Hans Corbat wie einen Tierkadaver im Treppenhaus ablegen. Am Nachmittag kam das Leichenkommando und schaffte ihn in den Schinderkarren der die widersinnige Aufschrift trug "Nie wieder soll eine Mutter ihren Sohn beweinen". So wurde er aus dem KZ-Lager geschafft.

Natürlich erfuhren der Schriftsteller und Nobelpreisträger Thomas Mann und sein Vater nichts von dem qualvollen Ende. Erst am 26. März 1956 bekam der Vater Dieter

von Rohrscheidt die Nachricht, dass der Sohn im KZ-Lager Bautzen verstorben sei.

Hier endet die Geschichte, die mit einem Ehrenwort eines sowjetischen Marschall begonnen hatte. Es ist ein trauriges Ende zu einem traurigen Schicksal. Mindestens so traurig wie das der vielen anderen, die im KZ-Lager Bautzen starben.

Mein damaliges Versprechen, den Angehörigen meines Haftkameraden Wolf-Dieter von Rohrscheidts Tod zu berichten, konnte ich bis heute nicht erfüllen, da sich niemand aus der Familie ausfindig machen ließ. Es wäre daher gut, wenn sich aufgrund dieses Berichts nach so vielen Jahren noch jemand aus der Linie der von Rohrscheidts finden ließe. *Heinz Unruh*

Ann. d. Red.: Die VOS dankt dem Verfasser des vorstehenden Beitrags für seine Bemühungen bei der Aufarbeitung der immer noch unbewältigten Geschichtsabschnitte.

Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten stellt Totenbuch vor

Am 4. Oktober stellte die Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten das "Totenbuch sowjetisches Speziallager Nr. 7 / Nr. 1 in Sachsenhausen und Weesow 1945-1950" vor. Es enthält ein namentliches Gesamtverzeichnis der verstorbenen Häftlinge des Speziallagers Sachsenhausen entstanden, das jetzt in Buchform vorliegt. In diesem Totenbuch sind Name, Vorname, Geburtsjahr und Sterbedatum von 11.890 Toten in alphabetischer Reihenfolge dokumentiert. Zu über 4.500 von ihnen konnten deutsche Quellen ermittelt werden. Diese Vollständigkeit hat bisher kein Totenbuch eines sowjetischen Speziallagers erreicht. Es ist den Verstorbenen und Angehörigen gewidmet und erinnert an das geschehene Unrecht sowie an die Opfer der sowjetischen Machtpolitik. Das Forschungsprojekt und die Drucklegung wurden von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur gefördert.

Auszug aus der Pressemitteilung der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten

Gesucht werden

Kinder als Opfer politischer Verfolgung

Das „Bürgerbüro – Verein zur Aufarbeitung von Folgeschäden der SED-Diktatur“ erarbeitet eine Studie über die „Einweisung von Kindern und Jugendlichen in Spezialkinderheimen und Jugendwerkhöfen in der DDR bis 1989“.

Ziel des Projektes ist es, die Opfergruppe der „Heimkinder“ vorzustellen und Einweisungsgründe und die Situation in den Heimen aufzuzeigen. Die aktuelle Situation der Betroffenen wird dabei im Mittelpunkt der Untersuchung stehen: Unter welchen Folgen leiden die „Heimkinder“ bis heute? Wie leben sie?

Für die Realisierung unseres Projektes sind wir auf die Mitarbeit von Betroffenen angewiesen. Nur durch ihre Mitarbeit kann das Schicksal der „Heimkinder“ aus der ehemaligen DDR aufgearbeitet und die derzeit bestehende Gesetzeslage zur Rehabilitierung verbessert werden.

Eine nähere Beschreibung des Projektes können Sie unter den unten genannten Kontaktdaten erfragen oder auf der Homepage des Bürgerbüros nachlesen:

BÜRGERBÜRO e. V.
Verein zur Aufarbeitung von Folgeschäden der SED-Diktatur
Bernauer Straße 111
13355 Berlin
Telefon: 030/463 4806

Neuer Vorsitzender für Beschwerdeausschuss

Der Beschwerdeausschuss der VOS hat auf seiner Sitzung am 07. Oktober 2010 Gerhard Rink aus Greußen einstimmig zum neuen Vorsitzenden gewählt. Er tritt die Nachfolge von Bernd Pieper an, der dieses Amt nicht mehr weiter führen kann.

Das Zitat: Wenn man vorher gefragt hätte: "Was ist euch die deutsche Einheit wert?", hätten alle gesagt: "Alles." Nur war das nicht so viel, wie sie heute kostet.

*Ignaz Bubis (1927-99),
deutscher Finanzfachmann,
Vorsitzender des Zentralrates
der Juden in Deutschland*

Vom Niederträchtigen und vom Aufrechten

Kamerad Rainer Golde von der VOS holt Ausstellung „Christliches Handeln in der DDR“ nach Nordhorn (Emsland)

Mit großem öffentlichen Interesse wurde am 3. Oktober in der Kreisstadt Nordhorn im Emsland die Ausstellung „Christliches Handeln in der DDR“ eröffnet. Neben den Besuchern, die in den regulären Öffnungszeiten kamen und jenen, die der Gedenkfeier beiwohnten, wurden auch die Schulen der Stadt einbezogen und durch Vorträge in die Thematik geführt. Wiewohl die Stadt Nordhorn geografisch und zuweilen auch politisch ein Stück von den neuen Bundesländern und deren Themen – vorweg die Aufarbeitung der Repressionen durch Stasi und SED – entfernt liegen könnte, ist doch andererseits vieles durch die Städtepartnerschaft zwischen Nordhorn und dem vogtländischen Reichenbach auch in den „tiefen“ Nordwesten getragen worden.

Einführungsvortrag zur Eröffnung zu halten. Golde hatte insgesamt 52 Ausreiseanträge gestellt, danach wurde er 1983 wegen „landesverräterischer Aktivitäten“ inhaftiert und kam schließlich in den Westen.

Die Ausstellung als solche ist in Deutschland, speziell bei den Opfern der DDR, keine unbekannt. Sie wurde vor fünf Jahren erstmals vom evangelischen Pfarrer Dr. Edmund Käbisch zusammengestellt und in der Partnerstadt Reichenbach erstmalig gezeigt. Gleich nach der Eröffnung in der vogtländischen Stadt gab es enorme Schwierigkeiten. Pfarrer Käbisch hatte auf den Tafeln auch ehemalige IM mit Klarnamen genannt und war daraufhin unter Androhung eines Strafbefehls von 250.000 Euro bzw. einer halbjährigen Haftstrafe gezwungen worden, einige

als grobes Hindernis für eine wahrheitsgerechte Geschichtsaufarbeitung bezeichnet.

Ungeachtet dessen gibt die Ausstellung einen deutlichen Einblick in die Situation der Kirche in der DDR und die Maßnahmen, die gegen Widerständler und politische Abweichler eingeleitet wurden. Viele der Methoden, mit denen Christen, vor allem auch regimekritische Pfarrer verfolgt, gedemütigt und eingeschüchtert wurden, sind bis heute nur Insidern bekannt. Lediglich solcher herausragenden Taten wie die Selbstverbrennung des Rippichaer Pfarrers Oskar Brüsewitz ist den meisten Menschen noch in Erinnerung. Pfarrer Edmund Käbisch selbst war dem MfS ein Dorn im Auge, setzte er sich doch als Pfarrer im Zwickauer Dom St. Marien nach dem eigenen Gewissen für vom Regime bedrohte Bürger ein.

Die evangelische Kirche als eigentlich unantastbares Gebilde offenbart sich dem Betrachter von heute zum einen als Schutzraum für Oppositionelle und unpolitische Menschen, zum anderen war sie von Spitzeln und systemtreuen Pfarrern und Mitarbeitern durchsetzt.

Doch die Ausstellung ist auch Zeugnis des Kampfes. Menschen, die versuchten, durch die Verkündigung des Christentums in der Gesellschaft der DDR ein Umdenken zu erreichen und den Mitmenschen ein Zeichen zu geben, mussten Mut beweisen und oft enorme Nachteile erdulden. Die Ausstellung leistet einen wichtigen Beitrag dazu, dass wir das nicht vergessen. Allein das Zeichen, mit dem sie auf Plakaten und Einladungskarten dem Interessierten gegenüber tritt, ist Erklärung und Hinweis: Die brennende Kerze, die vom Stacheldraht umwickelt ist, gibt Hoffnung und zeugt von der Gefangenschaft des unüberwindbaren Freiheit.

Es wäre zu wünschen, dass wir diese Ausstellung – ebenso wie jene zum Leben und zum Widerstand des Oskar Brüsewitz – noch an vielen Stellen in diesem Land erleben werden. *Valerie Bosse*



Großen Anteil an der Vermittlung der Ausstellung hat nicht zuletzt unser VOS-Kamerad Rainer Golde, der seit den 1980er-Jahren in der Nähe von Nordhorn wohnt und der sich angesichts des bevorstehenden zwanzigsten Jahrestages der Deutschen Einheit bereit erklärte, einen

Tafeln abzunehmen, da sich einer der Bloßgestellten vehement gegen die Nennung seines Namens verwahrte. Die mit viel Aufregung verbundene Attacke ging damals durch alle Medien. Von Wissenschaftlern und Politikern wurde das Verbot der Namensnennung empört

Demokratisches Denken und soziales Handeln standen immer im Vordergrund

VOS-Kamerad Heinz Richter wird 90 Jahre

Zu denen, die der VOS und der Sache der politischen Häftlinge des Kommunismus unverwechselbar ihren Stempel aufgedrückt haben, gehört unser Kamerad Heinz Richter, der am 2. November seinen 90. Geburtstag feiert und dem wir alle aus der VOS herzlich gratulieren.

Heinz Richter ist ein Zeitzeuge fast des gesamten vorigen Jahrhunderts. Geboren in der Sächsischen Schweiz, zogen seine Eltern früh mit ihm nach Dresden, wo sein Vater als Postbeamter arbeitete. Prägend in schon ganz früher Zeit sind seine Kontakte zur SPD, in deren Kindergruppe er bereits als Fünfjähriger mitwirkte. Diese Tendenz setzte sich kontinuierlich fort. So zählt zu den Ereignissen, die ihm unauslöschlich ins Gedächtnis geschrieben sind, das Treffen der Sozialistischen Arbeiterjugend in Wien im Jahr 1929, an dem auch Kurt Schumacher, Franz Neumann, Erich Ollenhauer und selbst Otto Grotewohl teilnahmen.

Auch während des Dritten Reiches bekannte sich der aufrechte und sozial ambitionierte Heinz Richter zu seiner demokratischen Partei, der SPD; egal dass diese verboten war. Seine Mitgliedschaft blieb bestehen, dennoch wurde er zum Reichsarbeitsdienst und später in die Wehrmacht zu den Gebirgsjägern einberufen. Von 1939 bis 1944 erlitt er mehrere Verwundungen, trotz allem wurde er kurz vor Ende des Krieges als Flüchtlingsbetreuer für die Vertriebenen in der Stadt Dresden eingeteilt. Dadurch erlebte er die furchtbare Bombardierung der Stadt im Februar 1945 mit. Ein Ereignis, an das er sich mit Grauen erinnert, über das er in einer Niederschrift für die Zeitungen berichtete.

Ab 1946 aktivierte Heinz Richter seine Mitgliedschaft in der SPD wieder, doch die baldige Zwangs-

vereinigung mit der KPD fand nicht seine Zustimmung. Er protestierte dagegen und wurde für mehrere Tage inhaftiert.

1948 erfolgte dann eine Verhaftung, die zu einer fast sechsjährigen Haft führte, die er in mehreren Vollzugseinrichtungen verbüßte. Heinz Richter hatte seine Funktion als Verteiler beim Dresdner Postamt dazu ausgenutzt, zahlreiche West-Zeitungen an die Bevölkerung weiterzuleiten, obwohl er sie eigentlich hatte aussortieren sollen.

Nach einer Amnestie in 1954 setzte sich Heinz Richter sofort nach West-Berlin ab. Wie so manch anderer ehemaliger Häftling musste er, um Arbeit zu finden, neue Abschlüsse erwerben. Dabei erkannte er, dass die berufliche und soziale Integration in die demokratische Gesellschaft keineswegs so einfach ist, wie es nach außen scheinen mag. Heinz Richter wurde prompt aktiv und setzte sich fortan für bessere Sozialleistungen und Entschädigungen ein. Ein Kampf, der nicht einfach wurde und der bis in die heutige Zeit dauert und dauert.

Aber auch anderweitig übte der



Nicht zuletzt setzte er seine Rehabilitation durch und ist – mit der unglaublichen 85-jährigen SPD-Zugehörigkeit – bei Parteiveranstaltungen ein gefeierter Gast.

Bemerkenswert sind auch die Ehrungen, die er 1991 erhielt, als er bei einem Besuch Israels feststellte, dass in einer Lehrwerkstatt Anschauungsmodelle für Motoren fehlten. Heinz Richter bohrte daraufhin solange bei den deutschen Automobil-Konzernen, bis diese einige teure Exemplare bereitstellten. Einen Ehrenwimpel erhielt er von Teddy Kollek, dem Bürgermeister von Jerusalem persönlich.



Dresdner sich nicht in Zurückhaltung. Seine Aufklärungs- und Protestbriefe an die Zeitungsredaktionen füllen ganze Mappen. Seine Kontakte zu hochrangigen Politikern sind vielen von uns bekannt.

Heinz Richter ist immer noch aktiv, er ist geistig rege und gibt der VOS Impulse. Wir alle gratulieren ihm und wünschen ihm und uns noch viele Jahre in unserer Gemeinschaft. *A. R.*

Wir trauern um

Günter Zelinski
Günther Spielvogel
Walter Helmbold
Ronald Hartmann
Gertrud Gerber

Bezirksgruppe Zittau
Bezirksgruppe Chemnitz
Bezirksgruppe Sondershausen
Bezirksgruppe Königs-Wusterhausen
Bezirksgruppe Halle

Die VOS wird ihnen ein ehrendes Gedenken bewahren

Vortragsreihe der Stiftung mit Thema SED

Im Rahmen einer Vortragsreihe zur „Geschichte der SED zwischen Mauerbau und Mauerfall“, die von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung des SED-Unrechts gefördert wird, finden folgende Vorträge statt:

03. 11. Die SED als Instrument der Diktaturdurchsetzung.
Dr. Mike Schmeitzner, Hannah-Arendt-Institut Dresden

17. 11. Gesichtlose »Apparatschiks«? Die SED und ihre Funktionäre. Vortrag von Dr. Rüdiger Bergien

01. 12. Die SED und Moskau. Von Dr. Jens Gieseke,

15. 12. War die SED reformfähig? Chancen und Scheitern von Reformansätzen in der Staatspartei
Vortrag von Dr. Andreas Malycha

12. 01. 2011 Das Verhältnis von SED und MfS.

Dr. Helge Heidemeyer, von der Abteilung Bildung und Forschung der BStU, Berlin.

Veranstaltungsort ist die

**Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur
Kronenstraße 5, 10117 Berlin.**

Beginn jeweils um 18.00. Uhr. Der Eintritt ist frei.

Gedenkstätte Bautzen präsentiert sich auf der Festmeile in Dresden

Anlässlich des Bürgerfestes zum Jubiläum „20 Jahre Deutsche Einheit“ präsentierte sich die Gedenkstätte Bautzen auf Einladung der Landkreise Görlitz und Bautzen neben vielen anderen Einrichtungen der Region auf der Festmeile in Dresden. Die Besucher konnten neben einer kurzen Chronik beider Haftanstalten auch historische Objekte, Fotos und einen Dokumentarfilm zur Bautzener Gefängnisgeschichte sehen. In den Gefängnissen Bautzen I und Bautzen II waren im 20. Jahrhundert politische Gegner unter menschenunwürdigen Zuständen inhaftiert. Aus der Zeit der nationalsozialistischen Diktatur dokumentierte ein Schutzhaftbefehl, wie regimekritische Äußerungen in der Kneipe zu fünf Monaten Gefängnis führen konnten. Die stalinistische Repression wurde durch einen Blechnapf und eine „Stalinkelle“ aus den 1940ern-Jahren dargestellt. 250 Gramm feuchtes Schwarzbrot und zweimal am Tag ein dreiviertel Liter dünne Wassersuppe sollten das Überleben der Häftlinge sichern. Für die Zeit der SED-Diktatur symbolisierten ein Schlagstock und ein Schlüssel aus den 1980er Jahren die Macht der Wärter im Stasi-Gefängnis.

Am gleichen Tag fand in der Gedenkstätte Bautzen ab 16:00 Uhr die Lesung „Black Box DDR. Unerzählte Leben unterm SED-Regime“ statt. Das Buch von Ines Geipel und Andreas Petersen berichtet eindrucksvoll anhand von 33 exemplarischen Einzelschicksalen vom Dasein in der SED-Diktatur. Die Autoren erkunden gemeinsam mit einem wegen versuchter Republikflucht verurteiltem politischem Häftling sein bisher „unerzähltes“ Leben, das ebenfalls im Buch vorgestellt wird.

Und: Nicht nur 90. und noch höhere Geburtstage kommen in der VOS vor. In diesem Monat feiert unser **Kamerad Andreas Kaiser** in Bonn die Vollendung seines sechsten Lebensjahrzehnts, wozu ihm Vorstand und Redakteur herzliche Wünsche senden. Dies verbindet sich mit der Hoffnung, dass dem rührigen Künstler auch fernherhin trefflich beißende Sinnsprüche einfallen mögen.

VEREINIGUNG DER OPFER DES STALINISMUS (VOS)

Hardenbergplatz 2, 10 623 Berlin

PVSt Deutsche Post

Entgelt bezahlt

A 20 666

„Freiheitsglocke“, herausgegeben von der Gemeinschaft ehemaliger politischer Häftlinge, Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. (gemeinnützig und förderungswürdig), erscheint seit 1951 im Selbstverlag elf Mal jährlich (davon einmal als Doppelausgabe)

Bundesgeschäftsstelle der VOS

Hardenbergplatz 2, 10 623 Berlin

Telefon / AB: 030 – 2655 23 80 und 030 – 2655 23 81

Fax : 030 - 2655 23 82

Email-Adresse: vos-berlin@vos-ev.de

Sprechzeiten: Dienstag und Donnerstag

von 14.00 bis 17.00 Uhr

Postbankkonto Nr. **186 25 501** bei der

Postbank Köln, Bankleitzahl **370 100 50**

Spenden sind steuerlich absetzbar

Beratung in der Landesgeschäftsstelle Berlin:

Telefon: 030 - 2546 26 38 Fax: 030 – 2300 56 23

Mail: lv-berlin@vos-ev.de

Montag bis Freitag von 10.00 bis 16.00 Uhr

Gestaltung: Alexander Richter

V.i.S.d.P.: Bundesvorstand der VOS

redaktion@vos-ev.de

Bitte nur deutlich lesbare Beiträge schicken. Bitte auch bei eMails und Fax-Schreiben **den Absender nicht vergessen**, sonst ist **keine Abnahme** vom Server gewährleistet

Druck: Druckerei Mike Rockstroh, Aue (Sachsen),
Schneeberger Str. 91

Die mit Namen gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Herausgebers dar. Mit (FG) gekennzeichnete Beiträge sind zum Nachdruck mit Quellenangabe frei. Beleg erbeten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte keine Gewähr. Jedes Mitglied der VOS ist durch den Mitgliedsbeitrag zugleich Bezieher der „Freiheitsglocke“.

Beiträge:

- | | |
|--|---------|
| 1. Aufnahmegebühr | 2,60 € |
| 2. Jahresbeitrag, einschl. Freiheitsglocke | |
| - alte Bundesländer | 45,00 € |
| - neue Bundesländer | 40,00 € |
| 3. Jahresbeitrag für Ehepartner | 15,00 € |
| 4. Jahresbeitrag ABO Freiheitsglocke | 24,00 € |

Internetseiten der VOS und Links unter

www.vos-ev.de

VOS u. BSV Sachsen-Anhalt siehe vos-ev.de

Die nächste Ausgabe (697) erscheint im November 2010

Redaktionsschluss der FG-Ausgabe 696 19. Okt. 2010